

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranmeldungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 233.

Dienstag, den 5. Oktober 1915.

22. Jahrg.

Kartoffelversorgung und Kartoffelpreise.

Von einem besonderen Mitarbeiter.

Täglich hören wir jetzt die Klage der Hausfrau, daß sie mit den vorhandenen Mitteln bei den hohen Preisen für alle Bedarfsartikel nicht mehr auskommen kann. Sie versucht zu sparen, aber wo, das ist die schwierige Frage. Selbst Surrogate, die früher nicht im Haushalt benutzt wurden, sind jetzt nur zu Preisen erhältlich, für die früher vollwertige Nahrungsmittel zu erlangen waren. Wenn diese Preissteigerung, die in den letzten Wochen ganz unerhört aufwärts ging, nicht zurückgedrängt werden kann, so kommen wir in eine Notlage, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben muß.

Das ganze Unberechtigte dieser Preistreibeerei besteht vor allem darin, daß auch diejenigen Nahrungsmittel, für die ein eigentlicher Mangel nicht nachgewiesen ist, im Preise erheblich hoch stehen. So wird berichtet, daß wir eine Kartoffelernte haben, die geradezu als glänzend bezeichnet werden muß. Man rechnet mit einem Ertrag von zirka 52 000 000 Tonnen und nimmt an, daß uns aus dem Ausland und den okkupierten Gebieten noch 6 bis 8 000 000 Tonnen überwiesen werden könnten. Demgegenüber steht ein Verbrauch für den Bedarf im Haushalt von rund 15 000 000 Tonnen. Die Sicherung dieses Bedarfs ist bei der großen Ernte nicht schwierig, wenn die nötige Vorräte getroffen wird.

Die Maßnahmen der Regierung, durch eine genossenschaftliche Organisation die Versorgung zu regeln, würde unsere Zustimmung finden, wenn diese Organisation auch zu gleicher Zeit die Preisbildung beherrschen würde. Das aber ist fraglich, denn die Genossenschaft ist davon abhängig, zu welchem Preise sie einkaufen kann. Die Preise im Großhandel bewegen sich gegenwärtig für den Zentner von 3—4,50 Mark. An einigen Orten im Industriebezirk des Westens sind die Preise bereits vorübergehend auf 7—8 Mark hoch getrieben. Einen solchen Preis hat die Kartoffel in den letzten 5 Jahren, nur 1912 bei einer sehr ungünstigen Ernte, erreicht. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wurde für die Kartoffel folgende Preise erzielt:

Im Jahre	Kartoffelpreise für den Zentner	
	Großhandel	Landwirt
1909	2,49 Mk.	1,79 Mk.
1910	2,03 "	1,33 "
1911	2,98 "	2,28 "
1912	3,32 "	2,82 "
1913	2,70 "	2,00 "

Der Produzentenpreis in letzter Rubrik ist durch einen Abzug vom Großhandelspreis im Betrag von 70 Pfg. berechnet. Das ist der Betrag, den der Großhandel für Verfrachtung, Transport und kaufmännische Spesen in Anrechnung bringt. Der Preis im Jahre 1912 ist außerordentlich hoch, weil in diesem Jahr eine ganz außergewöhnlich ungünstige Ernte zu verzeichnen war. Man schätzt die Kartoffelernte im laufenden Jahre aber auf 52 Millionen Tonnen, während sie 1910, dem günstigsten Ertragsjahr, 40 Millionen Tonnen betrug.

An der gegenwärtigen hohen Preislage ist leider die Regierung nicht ganz unschuldig. Bei aller Abneigung der Landwirtschaft gegen Höchstpreise für Kartoffeln hat man gegen eine Höchstpreisfestsetzung für Kartoffelmehl und Kartoffeltrockenpräparate nichts einzuwenden. Natürlich, weil die Preise an der Höhe den Wünschen der Landwirte entsprechen. So haben wir für Kartoffelmehle Höchstpreise von 48,30—50,80 für einen Doppelzentner gegen früher 23—27 Mark. Die Folge dieser Preispolitik der Regierung ist, daß auch für die Fabrikkartoffeln sehr hohe Preise gezahlt werden und der Landwirt keine Neigung hat, Erntekartoffeln billiger zu verkaufen. Vom 1. November ab soll der Höchstpreis für Kartoffelmehl auf 41,30—42,80 Mark herabgesetzt werden. Das Ungeheuerliche dieser Preise wird uns klar, wenn wir berücksichtigen, daß die Kriegsgemeinschaft Weizenmehl für August mit 36,75 Mark notierte. Eine solche Preispolitik kommt natürlich voll der Landwirtschaft und der Kartoffeltrockengesellschaft mit den unter ihrer Direktion stehenden Kartoffelfabrikfabriken zugute. Ein Zustand, der ganz unhaltbar ist. Es muß der Preis für die Kartoffelpräparate weiter herabgesetzt und im Zusammenhang damit ein Höchstpreis für die Erntekartoffel durch Bundesratsverordnung bestimmt werden.

Gegen diese Forderung wendet sich die „Kreuzzeitung“ vom 1. Oktober sehr entschieden und behauptet, daß die Sozialdemokratische Fraktion in der Budgetkommission des Reichstages eine solche Forderung nicht gestellt habe. Wir müssen das bestritten. Der Budgetkommission wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszentraler zu ersuchen, daß für Kartoffeln eine ähnliche Verteilungsorganisation geschaffen wird wie für Brotgetreide, und der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung unterstellt wird, wobei die Aufbewahrung der beschlagnahmten

Mengen zum größeren Teil den Verbrauchern überlassen werden kann.“

Die hier geforderte Verteilungsorganisation sollte natürlich, wie das in der Begründung auch ausdrücklich hervorgehoben wurde, die Preisfestsetzung mit übernehmen. Das ist der Mangel der Organisation, die jetzt von der Regierung ins Leben gerufen ist, daß sie nur einen Teil der Versorgung übernehmen soll, auf die Preise aber keinen bestimmenden Einfluß ausübt.

Gegen die Höchstpreise macht die „Kreuzzeitung“ geltend, daß im vorigen Jahr die Regierung bei den organisatorischen Einrichtungen 50 Millionen Mark zugekehrt habe. Demgegenüber möchten wir hervorheben, daß dieser Reinfall der Regierung nur auf die Gewährung eines außerordentlich hohen Kriegsgewinns der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Als im April ds. Js. die Regierung zu dem Höchstpreis von Kartoffeln von 4,50 Mark für den Zentner für je 2 Wochen eine Erhöhung dieses Preises um 50 Pfg. bis zu 8,50 Mark anordnete, mußte der Landwirt sich natürlich sagen, wir verkaufen unsere Kartoffeln nur mit Erreichung des sehr hohen Aufschlages, der bis zum Juli seine Höchstgrenze erreichen sollte. Die Konsumenteninteressenten und der Großhandel haben alles getan, um die Regierung vor diesen verkehrten Maßnahmen zu warnen. Aber das Begehren der Interessenten des Großgrundbesitzes war stärker als die verständigen Einwände von anderer Seite. Die Folge war ein vollständiger Zusammenbruch der Spekulation und ein Preissturz unter den Höchstpreis, weil bei den Interessenten mittlerweile doch Bedenken aufstauten, ob zu diesen unerhört hohen Preisen

Kartoffeln tatsächlich auf den Markt gebracht werden könnten. Da außerdem die infolge unrichtiger Angabe der Landwirtschaft über die Kartoffelbestände entstandenen Befürchtungen sich als unrichtig erwiesen und Kartoffeln in genügender Menge vorhanden waren, so ist zum Glück für die Konsumenten der Höchstpreis in jener übertriebenen Höhe nie erreicht worden. Aber immerhin haben Viele es als vaterländische Pflicht betrachtet, die Reichsstelle für Kartoffelverkauf bei ihren hohen Abschlüssen nach den von der Regierung festgesetzten Höchstpreisen festzuhalten. Die Reichsstelle trifft dafür keine Schuld. Sie konnte Abschlüsse nur zu den Höchstpreisen machen, da ja die Regierung solche Preise für berechtigt hielt. Darüber wird natürlich später einmal mehr zu sagen sein.

Diese Preispolitik hat die Steuerzahler nach der „Kreuzzeitung“ 50 Millionen Mark gekostet. Wir stimmen mit ihr darin überein, daß ein solches Opfer für die Landwirte in diesem Jahr nicht nötig ist. Dazu aber darf es einer anderen Preispolitik.

Wenn die Regierung jetzt einen Höchstpreis von 2,50 Mark für den Zentner ohne Aufschläge für später festsetzen würde, so erhielte der Landwirt einen Preis, den er im Hinblick auf die Ernte nie bekam und der alle zurzeit an ihn gestellten höheren Anforderungen einschließt. Höchstpreise für Kartoffeln sind dringend erforderlich, weil bei dem hohen Preisstand für alle anderen Nahrungsmittel in diesem Winter die ärmere Bevölkerung tatsächlich in eine Hungersnot getrieben wird, wenn nicht für einige unentbehrliche Nahrungsmittel ein mäßiger Preisstand gesichert wird!

Bulgarien und Griechenland am Scheidewege.

Der Weltkrieg wird in den nächsten Tagen eine weitere Ausdehnung erfahren: Bulgarien wird sich den kriegsführenden Mächten zugesellen. Selbst wenn die Regierung dieses Landes nicht wollte, jetzt muß sie, nachdem Rußland nun doch ein kurzfristiges Ultimatum an Bulgarien gerichtet hat. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet darüber: „Der russische Gesandte in Sofia wurde beauftragt, unverzüglich dem Ministerpräsidenten Radoslawow folgende Note zu überreichen:

Die Ereignisse, die sich gegenwärtig in Bulgarien abspielen, bezeugen den endgültigen Entschluß der Regierung des Königs Ferdinand, das Schicksal des Landes in die Hände Deutschlands zu legen. Die Anwesenheit deutscher und österreichischer Offiziere im Kriegsministerium und bei den Generalstäben der Armee, die Zusammenziehung von Truppen in den an Serbien stoßenden Gebietssteilen und die weitgehende finanzielle Unterstützung, welche das Kabinett in Sofia seitens unserer Feinde annahm, lassen keinen Zweifel mehr über das Ziel der gegenwärtigen militärischen Vorbereitungen der bulgarischen Regierung zu. Die Mächte der Entente, die sich die Verwirklichung der Bestrebungen des bulgarischen Volkes haben angelegen sein lassen, machten Radoslawow zu verschiedenen Malen aufmerksam, daß sie jede Serbien feindliche Haltung als gegen sich gerichtet ansehen würden. Von dem Vorsitzenden des bulgarischen Kabinetts als Antwort auf diese Warnungen reichlich abgegebene Versicherungen sind durch die Tatsachen widerlegt. Der Vertreter Rußlands, das mit Bulgarien durch die unvergängliche Erinnerung an Bulgariens Befreiung vom türkischen Joch verbunden ist, kann nicht durch seine Anwesenheit Vorbereitungen zu einem Angriff auf ein slawisches Volk und einen Verbündeten gutheißen. Der russische Gesandte erhielt darum den Auftrag, Bulgarien mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft und der Konsulate zu verlassen, wenn die bulgarische Regierung nicht binnen 24 Stunden offen die Beziehungen zu den Feinden der slawischen Sache und Rußlands abbricht und wenn sie nicht unverzüglich dazu schreitet, die Offiziere zu entfernen, welche den Armeen der Staaten angehören, die mit den Mächten der Entente sich im Kriege befinden.“

Es erübrigt sich, näher auf den materiellen Inhalt der Note einzugehen; es sei nur daran erinnert, daß vor einigen Tagen folgende halbamtliche bulgarische Erklärung erlassen wurde:

„Angesichts der in der ausländischen Press verbreiteten irrigem oder geradezu tendenziösen Berichte, betreffend die Lage in Bulgarien, sind wir ermächtigt, alle Gerüchte, be-

treffend die Ankunft deutscher Offiziere in Sofia, die die Eisenbahnverwaltung oder die Seeresleitung in die Hand nehmen sollen, betreffend die angebliche Erklärung des Ministerpräsidenten Radoslawow, nach der Bulgarien, solange der Krieg dauere, von Deutschland regelmäßig 50 Millionen Franken monatlich erhalten werde, ferner betreffend zahlreiche Verhaftungen, die angeblich vorgenommen worden, und Unruhen, die ausgebrochen sein sollen oder dergleichen mehr, auf das Formelle zu demontieren. In Sofia befindet sich nur ein deutscher Offizier, nämlich der Militärattache.“

Damit war den verschiedenartigsten Gerüchten die Spitze abgebrochen. Das hält aber die russische Regierung nicht ab, in ihrem Ultimatum wieder die Mär von den fremden Offizieren aufzutischen.

Es muß auffallen, daß Rußland allein das Ultimatum überreichte. Der Grund liegt jedoch auf der Hand. Die russische Regierung will damit zeigen, daß sie auch jetzt noch der Vormund der slawischen Balkanstaaten ist und daß ihre Oberhoheit über den Balkan heute noch besteht. Das Gute ist nur, daß die Balkanstaaten aus den militärischen Vorgängen lernen haben; sie lassen sich nicht mehr einfach kommandieren. Und deshalb ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Bulgarien entweder das russische Ultimatum ablehnt oder überhaupt gar keine Antwort darauf gibt. Der Krieg auf dem Balkan wird also nicht mehr zu vermeiden sein.

Bereits wird die Abreise der diplomatischen Vertreter Italiens, Frankreichs, Serbiens und Montenegros gemeldet. Der Engländer und Russe blieben noch auf ihrem Posten, bis die gestellte Frist abgelaufen ist.

Der Balkankrieg, der jetzt ausbrechen wird, sollte auch nach den Wünschen der Entente kommen: sie hat seit August vorigen Jahres daran gearbeitet. Er sollte aber eine andere Richtung nehmen. Wie die Indier, die Australier, die Kanadier, die Sikhs, die Gurkhas, die Turkos, die Senegalneger, die Tataren, Kosaken und die übrigen freiliebenden Völkerschaften sollten sich auch die Balkanier auf die Deutschen und ihre Verbündeten werfen, um die „Boches“ zu Paaren zu treiben und das verhaßte Deutschland zerstückelt vor die Füße der Sieger zu werfen. Es ist anders, ganz anders gekommen, wiewohl die Entente in den Wintermonaten oft dicht vor dem ersehnten Ziele zu stehen schien.

Wie erklärt sich das? An der Geriebenheit und Geschicklichkeit der westlichen und östlichen Diplomaten und Agenten

